

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1910, den Einzelplan 10 unverändert anzunehmen. Doch bevor wir darüber entscheiden können, beschäftigen wir uns zunächst noch mit acht Änderungsanträgen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der AfD Drucksache 18/2008 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2008 abgelehnt**.

Dann stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2057 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2057 abgelehnt**.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2058 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die FDP und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Dementsprechend ist der **Antrag Drucksache 18/2058 abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2059 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die FDP und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2059 abgelehnt**.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2060 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die FDP und die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2060 abgelehnt**.

Wir stimmen dann über den Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2061 – Neudruck – ab. Wer stimmt hier zu? – Das sind SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2061 – Neudruck – abgelehnt**.

Ich lasse über den Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2062 abstimmen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2062 abgelehnt**.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2063 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das war gerade eine Doppel-

abstimmung. Ich muss die Abstimmung noch einmal wiederholen.

(Jochen Ott [SPD]: Die erste Reihe hat nicht abgestimmt!)

– Die erste Reihe hat nicht abgestimmt. – Wir wiederholen das noch einmal, damit wir es sauber und perfekt für das Protokoll haben.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP Drucksache 18/2063 auf. Wer stimmt hier zu? – Das ist die FDP alleine. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das sind SPD und AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2063 gleichwohl abgelehnt**.

Wir stimmen nun über den Einzelplan 10 insgesamt ab. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 10 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 10 zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Einzelplan 10 in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU)

Ich rufe auf:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1903 sowie die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich eröffne die Aussprache und rufe an dieser Stelle für die SPD-Fraktion den Abgeordneten Falszewski auf.

Benedikt Falszewski^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 03 des Haushalts 2023 hat zwar in mancher Hinsicht Steigerungen und mehr Mittel insbesondere für die Polizei zu verzeichnen. Dieser Mittelaufwuchs insbesondere für die Polizei

(Unruhe – Glocke)

und die Einrichtung einer neuen Zentralen Landesstelle für den Katastrophenschutz ist durchaus positiv zu bewerten. Dennoch hat der vorliegende Haushaltsplan nach wie vor gravierende Defizite. Wir haben in diesem Zusammenhang bereits auf die Stellungnahmen der Gewerkschaften im Rahmen der Anhörung des Unterausschusses Personal des HFA hingewiesen.

Es ist zwar richtig, 3.000 neue Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter

zu schaffen. Ob dieser Stellenzuwachs aber auch in der Praxis realisierbar ist, ist derzeit nicht sicher. Denn qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber kann man sich leider nicht backen. Man muss ihnen im Wettbewerb mit anderen Bereichen möglichst gute Bedingungen anbieten. Um diese qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber anzulocken, muss deshalb dringend mehr zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt getan werden.

(Beifall von der SPD)

Dazu gehören die Verbesserung der Familienfreundlichkeit und flexible Arbeitszeitmodelle ebenso wie die gerechte Bezahlung und die Möglichkeit, beruflich aufzusteigen. Zu groß ist inzwischen die Gefahr, dass das ambitionierte Ziel von jährlich 3.000 neuen Einstellungsermächtigungen nicht mehr erreicht werden kann und der öffentliche Dienst als Arbeitgeber noch weiter hinter die Angebote aus der Privatwirtschaft zurückfällt.

Ihre Versprechungen haben in diesem Zusammenhang wenig Substanz. Sie haben diesen wichtigen Punkt in Ihren Plänen bisher leider weitestgehend ausgeklammert.

Die Tatsache, dass viele Beschäftigte Überstunden und Mehrarbeit leisten, verstärkt das Problem. Allein die Polizistinnen und Polizisten in NRW schieben auch im Haushaltsjahr 2022 wieder Rekordüberstunden vor sich her.

Der Landesrechnungshof rügte jüngst das Innenministerium und schrieb in seinem aktuellen Jahresbericht, dass hier weder eine verlässliche Datenbasis über die rechtmäßig entstandenen Mehrarbeitsstunden vorliegt noch zwischen einer behörden- bzw. direktionsscharfen Verteilung unterschieden werden kann.

Wir sind demnach nicht in der Lage, die tatsächliche Zahl der Überstunden unserer Polizistinnen und Polizisten zu beziffern – geschweige denn, dass Sie irgendeinen Plan haben, wie Sie diese Überstunden abbauen wollen.

Aus Fürsorgegesichtspunkten sollte eigentlich eine Dienstbefreiung als Ausgleich für Mehrarbeit gelten. Doch das Ministerium des Innern setzte sogar Fehlanreize und forderte dazu auf, eine finanzielle Vergütung als Ausgleich für geleistete Mehrarbeit vorzuziehen.

Hier wird auf dem Rücken der Beschäftigten eine verfehlte Personal- und Finanzpolitik ausgetragen. Eine Attraktivierung des öffentlichen Dienstes geht anders.

(Beifall von der SPD)

Proportional zum Gesamthaushalt sinken die Ausgaben für die Polizei sogar. Für uns passt das nicht zusammen.

Es passt auch nicht zusammen, wenn Sie die Digitalisierung der Polizei zu einem Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode erklären und gleichzeitig auf die Ausbildung von Verwaltungsinformatikern verzichten. Digitale Infrastruktur benötigt immer auch diejenigen, die sie betreiben. Und gerade hier ist die Fachkräftegewinnung im Blick auf die in der Wirtschaft angebotenen Anreize besonders schwer.

Wir fürchten daher, dass die im Vergleich zu vielen Angeboten aus der Privatwirtschaft gesunkene Attraktivität des öffentlichen Dienstes einen wesentlichen – und lassen Sie mich sagen: unnötigen – Beitrag zur enormen Fachkräftelücke darstellt und sich die Lage immer weiter zuspitzt.

Ein erstes und ernsthaftes Signal wäre aus unserer Sicht deshalb etwa flankierend zum Haushalt eine umfassende Modernisierung des Zulagenwesens oder eine Anpassung der Landesobergrenzenverordnung zur Verbesserung von Beförderungsmöglichkeiten gewesen.

(Beifall von der SPD)

Aber zu diesen Verbesserungen fehlte Ihnen dann doch offenbar der politische Wille.

Ich möchte abschließend auch gerne noch den Bereich des Katastrophenschutzes ansprechen. Wie eingangs bereits erwähnt, gibt es auch hier durchaus positive Ansätze, zum Beispiel die Mittel für die Einrichtung einer Zentralen Landesstelle für den Katastrophenschutz. Auf der anderen Seite gibt es aber nach wie vor auch Defizite und Ausbaubedarf. So ist eine gut ausgestattete Wasserrettung für einen funktionsfähigen Katastrophenschutz unverzichtbar. Dies hat nicht zuletzt die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 gezeigt. Trotz bereits zur Verfügung gestellter Mittel herrscht hier aktuell weiterhin ein enormer Investitionsbedarf. An dieser Stelle wären beispielsweise zusätzliche Mittel gut angelegt gewesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier um nicht weniger als die Qualität unserer Polizei, unserer Feuerwehr und unseres Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen. Ein Mittelaufwuchs wie Kraut und Rüben reicht schlicht nicht aus und fällt uns hinterher allen auf die Füße, wenn hier nicht nachgebessert wird.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie Prioritäten setzen wollen, dann müssen Sie diese konsequent mit Maßnahmen hinterlegen. Die so dringend benötigte Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst sieht jedenfalls ganz anders aus.

Wir können dem Einzelplan 03 daher in dieser Form nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht Dr. Katzidis.

Dr. Christos Katzidis (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Falszewski, nur ein Satz zu dem, was Sie hier gerade vorgetragen haben: Wenn Sie mal an einer Sitzung des Innenausschusses teilgenommen hätten – jetzt hört er noch nicht einmal zu –, dann wüssten Sie, dass dort auch schon Berichte vorgelegen haben, in denen direktionsscharf dargestellt worden ist, wie es um den Überstundenstand im Bereich der Polizei NRW bestellt ist.

(Sarah Philipp [SPD]: Was soll das?)

Aber das haben Sie ja leider nie gemacht.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Auch in dieser Legislaturperiode halten wir – anders, als Sie es dargestellt haben – das, was wir versprechen.

Die innere Sicherheit genießt den gleichen hohen Stellenwert, wie es schon in der letzten Legislaturperiode der Fall gewesen ist. Fehler, die über Jahrzehnte gemacht worden sind, lassen sich nicht in einer Legislaturperiode beheben. Deswegen setzen wir den konsequenten Kurs der Erneuerung auch in diesem Kernbereich der staatlichen Aufgaben in dieser Legislaturperiode fort.

Was bedeutet das konkret für die Polizei NRW, die größte Polizeiorganisation der Bundesrepublik Deutschland, beim Stichwort „Personalsituation“? Da möchte ich mit einem Zitat starten:

„Es ist nicht hinnehmbar, dass unsere Polizistinnen und Polizisten permanent über ihre Belastungsgrenzen gehen müssen und so zusätzlich ihre Gesundheit strapazieren. Hier wird auf ihrem Rücken eine verfehlte Personal- und Finanzpolitik ausgetragen.“

Dieses Zitat stammt aus einer Pressemitteilung vom 27. November 2022 von Frank Börner. Wer ist eigentlich Frank Börner, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ach, SPD-Fraktion!

Ihr Ministerpräsident Peer Steinbrück ist es gewesen, der im Jahr 2003 einen Kahlschlag gegen die Polizei und den öffentlichen Dienst gemacht hat:

(Beifall von der CDU)

Streichung des Urlaubsgeldes, Reduzierung des Weihnachtsgeldes, Verlängerung der Wochenarbeitszeit, Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Halbierung der Einstellungszahlen bei der Polizei NRW.

Ihre Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist dafür verantwortlich, dass bis 2017 die Anzahl der Neu-

einstellungen die jährlichen Pensionszahlen kaum übertagt hat und es zu keinem Nettozuwachs bei der nordrhein-westfälischen Polizei gekommen ist.

(Beifall von der CDU)

Unsere Ministerpräsidenten Armin Laschet und aktuell Hendrik Wüst sind dafür verantwortlich, dass der Personalengpass endlich aufgelöst wird.

Das geht aber nicht von heute auf morgen. Schauen Sie sich doch einmal die Grafik der Gewerkschaft der Polizei an; die ist ja SPD-nah. Dort finden Sie unter anderem die Headline – ich zitiere –: „Personalengpass löst sich erst ab 2020 auf“ – also mit den steigenden Einstellungszahlen ab 2017, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, so kurz vor Weihnachten sollten Sie bitte bei der Realität bleiben und bitte bei der eigenen Verantwortlichkeit bleiben. Das würde ich mir zumindest wünschen.

(Beifall von der CDU)

Neben der Erhöhung der Einstellungszahlen unserer Polizeianwärter haben wir aber auch den Bereich der Tarifbeschäftigten massiv verbessert. Im Jahr 2017 umfasste die gesamte Personalstärke bei der Polizei NRW 52.411 Stellen. Im Jahr 2023 wird die Gesamtpersonalstärke der Polizei sage und schreibe 61.343 Stellen umfassen. Das ist ein Plus von 8.932 Stellen oder 17 %, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, ich weiß, dass Sie das nicht hören möchten.

Stichwort „Technik“: Unsere Polizei NRW ist raus aus dem anlogenen Zeitalter der vorletzten Legislaturperiode und mittendrin in der modernen Digitalisierung und der virtuellen Welt. Unsere Polizei NRW ist mittlerweile flächendeckend mit Smartphones ausgestattet. Die sogenannten Jägerblöcke, also die Notizblöcke, die bis 2017 elementare Arbeitsmittel in den Streifenwagen waren, sind Vergangenheit. Davon konnte ich mich gerade am 11. November selbst überzeugen, als ich wieder eine Schicht im Streifenwagen mitgefahren bin.

Wir haben den bereits 2012 geforderten Forensik Desktop bzw. die Forensik Cloud eingeführt, mit der unsere 47 Kreispolizeibehörden jetzt gemeinsam an einem Vorgang arbeiten können. Das ist ein Meilenstein für die Bekämpfung des Kindesmissbrauchs. Auch im Jahr 2023 werden wir 50 Millionen Euro in dieses Projekt investieren.

Bei der Bekämpfung des Kindesmissbrauchs werden wir im Übrigen auch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz weiter forcieren, um Auswertezeiten zu verkürzen und so auch weitere Missbrauchsfälle zu verhindern. Aber auch die Belastungen für die Bediensteten in diesem Bereich wollen wir damit reduzieren.

Neben der Bekämpfung des Kindesmissbrauchs bleibt natürlich auch die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität unser kriminalpolitischer Schwerpunkt. Egal ob Rocker- oder Clankriminalität, ob Wirtschafts- oder Finanzkriminalität, ob ost- oder südeuropäische Tätergruppen: Die konsequente Strafverfolgung wird auch in diesem Bereich uneingeschränkt fortgesetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Auch bei den Liegenschaften werden wir im nächsten Jahr weiter investieren und modernisieren. Im Übrigen schaut Bayern mittlerweile immer häufiger nach Nordrhein-Westfalen, wenn es um die innere Sicherheit geht.

Wir haben aber nicht nur die Polizei im Fokus, sondern auch die kritische Infrastruktur. Hier hat das Innenministerium schon seit Längerem einen guten Weg eingeschlagen, was die Vorausschau und die Vorsorge angeht. Auch hier sind wir weit vor anderen Bundesländern, was die strategische Ausrichtung betrifft. Zu diesem Bereich gehört auch der Komplex der Cybersicherheit, den wir ebenfalls erneut personell und finanziell stärken. Der Innenminister hat im Übrigen in der Sitzung des Innenausschusses am 27. Oktober dazu entsprechend ausführlich berichtet. Es bleibt aber eine Daueraufgabe, gerade mit Blick auf die zunehmenden Spionage- und Terrorismusgefahren. Deswegen bleibt dieser Bereich auch im Fokus.

Stichwort „Katastrophenschutz“: Bereits in der letzten Legislaturperiode hat das Kompetenzteam unter Federführung von Albrecht Broemme seinen 15-Punkte-Plan vorgelegt, von dem vieles jetzt umgesetzt wird. Lassen Sie mich einige Beispiele für konkrete Maßnahmen, die wir jetzt umsetzen werden, nennen.

Wir haben einen eigenen Titel im Haushaltsplan für den Bereich des Katastrophenschutzes eingerichtet.

Im Innenministerium wird eine neue Zentrale Landesstelle mit zu Beginn 15 Stellen aufgebaut.

Es gibt sieben neue Stellen bei den Bezirksregierungen für die Aufsicht in diesem Bereich.

Zusammen mit dem Bund wird ein Gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz eingerichtet. NRW beteiligt sich auch in diesem Bereich mit den entsprechenden Fachleuten.

Die Landeszuschüsse für die privaten Hilfsorganisationen, für Wasserrettungszüge und für Einsatzeinheiten werden in den allgemeinen Haushalt verlagert und ebenfalls erneut erhöht.

Der Katastrophenschutz wird in dieser Legislaturperiode einer unserer innenpolitischen Schwerpunkte sein. Aber auch bei der Feuerwehr schauen wir hin und tun wieder einiges.

Stichwort „Institut der Feuerwehr NRW“: Von 98 Planstellen für Beamte im Jahr 2017 auf 139 Planstellen im Jahr 2023; ein Plus von knapp 42 %. Von 39 Stellen bei den Tarifbeschäftigten im Jahr 2017 auf 51 Stellen im Jahr 2023; ein Plus von knapp 31 %. Von Ausgaben in Höhe von 22,7 Millionen Euro im Jahr 2017 auf 47,8 Millionen Euro im Jahr 2023; ein Plus von über 110 %.

Das Trainingsgelände in Telgte im Kreis Warendorf war im Übrigen Vorbild für die bayerische Feuerwehr. Sie sehen: Wir sind auch hier gut aufgestellt, und andere Bundesländer schauen nach Nordrhein-Westfalen.

Die sechste Steigerung des Haushaltsplans für das Innenministerium macht auch in dieser Krisensituation deutlich, dass wir weiterhin einen klaren Schwerpunkt auf den Bereich der inneren Sicherheit legen. 7 Milliarden Euro werden im nächsten Jahr in die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen investiert. Das ist gut investiertes Geld, gerade in dieser Krisensituation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie sind herzlich eingeladen, diesem Haushaltsplan für das Innenministerium zuzustimmen und damit zu dokumentieren, dass Ihnen die innere Sicherheit genauso wichtig ist wie uns. Wir würden uns zumindest sehr darüber freuen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Herr Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider müssen wir bereits beim ersten Haushalt dieser neuen schwarz-grünen Landesregierung konstatieren: Schwarz-Grün ist kein Gewinn für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. – Es ist fast schon beeindruckend, wie wenig Zeit Sie benötigen haben, um diesen Eindruck zu zementieren.

Ich will das auch darlegen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Clankriminalität. Wir erinnern uns an die Grünen: Laut Frau Kollegin Schäffer ist das ein aufgebautes Problem, und für ihren Kollegen Limbach ist bei diesem Thema das Allerwichtigste, niemanden zu stigmatisieren.

Ich halte das für eine interessante innenpolitische Prioritätensetzung. Denn auf dem Hamborner Altmarkt in Duisburg zerreißen zur Mittagszeit Schüsse und Kugeln die Luft, weil sich dort Clans und Rocker auf offener Straße ein Feuergefecht liefern, und im Juni liefern sich 400 Mitglieder zweier Clans erbitterte Straßenkämpfe in Essen: Kopfritte gegen am Boden liegende Opfer, Messerattacken – Kampf bis aufs Blut mitten in unseren Städten.

Würde man den Kopf aus der grünen Bubble nehmen und mit den Kriminalbeamten, die sich seit Jahren mit dieser Szene befassen, reden und ihnen Gehör schenken, könnte man einiges lernen, etwa über die in diesem Milieu typischen Tumultdelikte.

Oder man geht einen anderen Weg: Man ignoriert all diese Erkenntnisse geflissentlich und löst das Problem, indem man es künftig einfach aus dem Lagebild des LKA NRW streichen will. Was für ein grüner Irrsinn, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man wird Probleme doch nur lösen können, wenn man sie sich erst einmal ehrlich eingesteht.

(Beifall von der FDP)

Herr Minister Reul, wir haben 2017 der Clankriminalität den Kampf angesagt. Ich bitte Sie eindringlich, diesen Weg weiterzugehen. In der Landesregierung braucht es weniger illustre Stuhlkreise zu Begrifflichkeiten, glaube ich, sondern mehr verlässliche Unterstützung für unsere Polizeibeamten bei der Durchsetzung des Rechtsstaats.

Ein zweites Thema, bei dem mir völlig unverständlich ist, wie man sich da querstellen kann, ist die Bereitstellung von Tasern für unsere Polizeibeamten im Streifendienst. Vier von fünf – ich wiederhole: vier von fünf – Übergriffen auf Polizeibeamte finden durch die bloße Androhung des Tasereinsatzes nicht statt. Diese Zahl habe ich mir nicht selber zusammengesucht, sondern sie stammt von Ihnen, Herr Minister; damit habe ich Sie zitiert.

Und was macht Ihr Koalitionspartner daraus? Er zieht die einzige richtige Schlussfolgerung, indem er sagt, dass es mit ihm in Nordrhein-Westfalen keine weiteren Taser für die Polizei geben werde. Really? Kann das sein? Ist das Ihr Ernst?

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Wer 18.000 gewalttätige Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte allein im vergangenen Jahr beklagt und im Innenausschuss in aller Deutlichkeit formuliert, dass er alles in seiner Macht Stehende für die Gesundheit und den Schutz unserer Beamtinnen und Beamte tun möchte, dann aber zugunsten des lieben Koalitionsfriedens genau das unterlässt, der handelt grob fahrlässig.

(Beifall von der FDP)

Das ist ein Schlag ins Gesicht unserer Polizei. Ich bin – ich muss das leider so deutlich sagen – persönlich enttäuscht. Ich bin persönlich enttäuscht, dass hier die bestmögliche Ausstattung aller Polizeibeamten zur parteipolitischen Verhandlungsmasse degradiert wird.

Einigen wenigen Kreispolizeibehörden stehen in der aktuellen Situation Taser zur Verfügung, vielen anderen aber nicht. Erschwerend kommt also eine massive Ungleichbehandlung der Einsatzkräfte hinzu, was im ohnehin schon stressigen und gefährlichen

Berufsalltag auf der Straße sicher nicht allzu gut ankommt – und das zu Recht.

Die landesweite Einführung wäre die konsequente Ableitung aus dem sehr erfolgreichen Pilotprojekt, zumal sowohl Technik als auch Mittel zur Verfügung stehen. Genau deswegen stellen wir einen Haushaltsänderungsantrag zur sofortigen Ausrollung des Tasers auf alle Kreispolizeibehörden.

(Beifall von der FDP)

Ich schaue besonders in die Runde der CDU-Abgeordneten. Im Sinne unserer Polizei bitte ich Sie sehr, diesem Änderungsantrag zuzustimmen. Der eine oder andere sagte mir ja schon, dass er seine Hand am Tisch festkleben müsse, weil er eigentlich liebend gerne zustimmen würde.

(Heiterkeit von Gregor Golland [CDU])

Geben Sie Ihrem Herzen also einen Ruck.

Apropos „festkleben“:

(Zurufe von den Grünen)

Das bringt mich direkt zur nächsten Widersprüchlichkeit. Ganz ähnlich widersprüchlich ist Ihre schwarzgrüne Position nämlich auch beim Umgang mit den besetzten Orten im Braunkohlerevier. Während Sie, Herr Minister, sich recht breitbeinig hinstellen

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Von „breitbeinig“ redet der Richtige!)

und Lützerath geradezu zum deutschen Hindukusch stilisieren – Zitat: Der Rechtsstaat wird in Lützerath verteidigt –, ist Ihr Koalitionspartner von der Freiluft-sitzungsfraktion noch nicht einmal bereit, überhaupt anzuerkennen, dass sich vor Ort linksextreme Gewalttäter systematisch eingraben.

Wir hatten das Thema bereits in einer der vorigen Plenardebatten. Ich wiederhole an dieser Stelle meine Befürchtung. Zwischen den beiden Polen, die Schwarz und Grün besetzt haben, befindet sich lediglich ein sich selbst verwaltes Vakuum. Das hat zur Folge, dass wir in Lützerath schwerste Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Besetzern erwarten müssen. Machen Sie bitte Ihre Hausaufgaben. Aus Lützerath darf kein Hambacher Forst 2.0 werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Allein diese drei innenpolitischen offenkundigen Patt-situationen, die wir hier erleben, legen den Schluss nahe, dass die innere Sicherheit vom bundesweiten Vorbild zur ideologischen Stolperfalle zu verkommen droht. Das wäre ein gewaltiger Schaden für die Menschen in diesem Land.

Der von Ihnen vorgelegte Einzelplan schafft aber durchaus auch Möglichkeiten, sich positiv zu entwickeln. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir im Kampf

gegen Kindesmissbrauch kein Stück nachlassen. Selbiges gilt für das Plus an Anstrengungen im Katastrophenschutz. Das hatten wir als Freie Demokraten sehr lange gefordert. Diese Schwerpunktsetzung unterstützen wir natürlich.

Ein ganz wichtiger Hebel für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen ist zudem, die Einstellungszahlen bei der Polizei weiter hochzuhalten. Ja, wir wollen die Besten für den Polizeidienst gewinnen. Das wird nicht einfach, so viel ist klar. Immer mehr Arbeitgeber werden sich künftig um die Gunst von immer weniger Bewerbern bemühen. Deshalb freut es mich nach wie vor ganz besonders, dass wir uns am Ende der vergangenen Legislaturperiode gegen die Scheuklappenpolitik der CDU durchgesetzt und den Weg für Realschülerinnen und Realschüler zur Polizei eröffnet haben. Diesen Bewerberpool gilt es jetzt etwa um qualifizierte Seiteneinsteiger und besonders auch um Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung gezielt zu ergänzen.

(Beifall von der FDP)

Auch hier erneuere ich gerne meine Forderung. Herr Minister, ich halte das wirklich für einen ganz essenziellen Punkt.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Machen wir doch schon!)

Wir müssen noch mehr Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung für den Dienst bei der Polizei begeistern. Legen Sie eine Kampagne auf. Schauen Sie, wie Sie noch mehr Menschen begeistern können. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. Die Polizei würde sehr davon profitieren.

(Zuruf von Herbert Reul, Minister des Innern)

Ich warne nachdrücklich davor, dass wir bei der inneren Sicherheit gerade im digitalen Raum personell und organisatorisch ins Hintertreffen geraten. Das ist eine schwierige Aufgabe. Aber in dem Maße, wie die Cyberkriminalität steigt, verschärft sich der Konkurrenzkampf um die besten Arbeitskräfte in diesem Bereich.

Was mich deshalb ärgert, ist – das muss ich auch sagen –, dass die Chance zu Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs in den schwarz-grünen Verhandlungen – warum auch immer – völlig vertan wurde. Dafür nenne ich Ihnen gerne ein Beispiel.

Bei der Polizei Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit über 7.000 Tutorinnen und Tutoren, ohne deren Engagement die erfolgreiche Ausbildung der Kommissaranwärter in den Kreispolizeibehörden gar nicht vorstellbar wäre. Hier wird unglaublich viel zusätzlich geleistet. Gehen Sie einmal in die Wachen und fragen, wer da angesichts der hohen Einstellungszahlen Tutor ist. Da gehen eigentlich fast alle Hände nach oben. Die meisten sind Tutoren. Ich glaube, das müssen wir würdigen. Diese Sonderleistung braucht

nicht nur mehr Zeit, sondern sie muss endlich auch angemessen ausgeglichen werden.

Ich bitte Sie daher, unserem weiteren Änderungsantrag zur Einführung einer Zulage für Tutoren innerhalb der Polizei heute zuzustimmen.

(Beifall von der FDP)

Unterm Strich bleibt Ihr Haushaltsentwurf insgesamt trotz guter Ansätze leider ein wenig eine Enttäuschung mit Ansage. Er ist ein Einzelplan mit erwartbaren Lähmungserscheinungen durch Schwarz-Grün. Das ist nicht gut für unser Land, und das ist auch kein Gewinn für die innere Sicherheit.

Um es klar und unmissverständlich zu sagen: Dafür liegt die Verantwortung bei Ihnen, bei den ganzen Widersprüchlichkeiten schwarz-grüner Innenpolitik. Die Verantwortung dafür liegt nicht bei den Einsatzkräften, die darunter leiden.

Deshalb möchte ich es nicht versäumen, mich hier bei allen unseren Einsatzkräften in Nordrhein-Westfalen, bei allen Mitgliedern der Blaulichtfamilie, sei es Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, ganz herzlich für ihr großartiges Engagement zu bedanken. Sie machen einen unverzichtbaren Job und erwarten zu Recht von uns allen volle Rückendeckung und verlässliche Unterstützung. Dieser Haushaltsplan wird dem leider nicht gerecht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Grünen spricht die Abgeordnete Frau Höller.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wir leben in einer Zeit sich überlagernder Krisen. Der brutale Angriffskrieg Putins auf die Ukraine dauert an, die Auswirkungen der Coronapandemie sind weiterhin spürbar, und die Menschheitsaufgabe „Klimakrise“ ist unsere größte Herausforderung. Sie macht sich bemerkbar in Hitzesommern, den Waldbränden oder den erschreckenden Bildern der Hochwasserkatastrophe, die uns allen noch vor Augen sind.

Das alles macht es für die Menschen in NRW momentan nicht leicht. Das alles macht es für die Einsatzkräfte, die Sicherheitsbehörden nicht leicht. Und das macht es auch für uns als Haushaltsgesetzgeber nicht leicht.

Die Aufgabe der Politik ist es aber, nicht immer wieder die Krisen zu benennen, sondern vielmehr nach Lösungen zu suchen. Auch wenn ich im Rheinland aufgewachsen bin, ein „Et hätt noch emmer joot jeje“ reicht ebenfalls nicht aus. Weil wir das

wissen, machen wir vorausschauendes Handeln zum Leitgedanken unserer Politik, und das im ganzen Innenbereich, eben im Einzelplan 03.

Übrigens, Herr Lürbke, wir haben mehr als drei Themen. Sie haben es geschafft, fast zehn Minuten über Taser, Clans und Klimaaktivisten zu sprechen. Wow! Wenn das Ihr Verständnis von guter Innenpolitik ist, dann bin ich froh, dass Sie über diesen Haushalt nicht entscheiden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Wir als schwarz-grüne Koalition sind in der Innenpolitik mit dem Versprechen angetreten, dass die Stärkung des Katastrophenschutzes zu einem Schwerpunkt unserer Innenpolitik wird. Der vorliegende Haushaltsentwurf kann sich in einem ersten Schritt an diesem Anspruch messen lassen.

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan stellen wir die Mittel für 15 Planstellen zur Errichtung einer zentralen Landesstelle für den Katastrophenschutz bereit. Wir verbessern den Schutz kritischer Infrastrukturen, und wir werden dafür Sorge tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst Verantwortung übernehmen. Selbstschutz und Selbsthilfe in der Bevölkerung zu stärken, ist die Basis für jede Krisenbewältigung.

NRW ist ein starkes Land. Die Menschen stehen zusammen und helfen sich gegenseitig. Das hat nicht zuletzt die enorme Solidarität in den verheerenden Hochwasserkatastrophen im vergangenen Jahr gezeigt. Wir Politikerinnen und Politiker stehen in der Verantwortung, die Menschen dabei zu unterstützen, das heißt durch kluge Prävention Krisen zu verhindern. Wenn das aber nicht möglich ist, dann gilt es, dafür zu sorgen, dass wir ein sehr gutes, kluges Krisenmanagement vorhalten. Auch dafür sorgen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf.

Der große Schritt ist die Weiterentwicklung des BHKG. Dabei wollen wir alle zu einem gemeinsamen Ziel kommen, nämlich für den Schutz der Menschen in NRW zu sorgen, zum Beispiel dadurch, dass die Zuständigkeit des Landes für überregionale Katastrophen gestärkt wird.

Ich vertraue darauf, dass wir dabei als demokratische Fraktionen zusammenarbeiten, denn der gelungene Schutz unserer Bevölkerung darf kein Spielball für politische Auseinandersetzungen sein. Deshalb freue ich mich auf die konstruktiven Auseinandersetzungen und die Zusammenarbeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Menschen in NRW setzen sich füreinander ein. Gut jeder und jede Dritte in NRW engagiert sich ehrenamtlich, sei es im Sportverein, in der Jugendarbeit, in der örtlichen „Fridays-for-Future“-Gruppe oder in

einer Hilfsorganisation im Bereich „Katastrophenschutz“. Sie leisten unverzichtbare Arbeit und halten unsere Gesellschaft am Laufen.

Dies gilt auch für die 91.000 Menschen, die in NRW in der freiwilligen Feuerwehr im Einsatz sind. Dass wir in NRW so gut aufgestellt sind, liegt auch an ihnen. Deshalb gebührt ihnen unser Dank für ihr großes Engagement.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Damit das so bleibt, treiben wir die Stärkung des Ehrenamts weiter voran. Wir führen die Prozesse nach dem Projekt „FeuerwEHrensache“ fort und setzen uns dafür ein, dass die freiwillige Feuerwehr die Vielfalt in unserer Gesellschaft widerspiegelt.

Manchmal sind es die kleinen, gar nicht so teuren Maßnahmen vor Ort, die einen großen Effekt haben, so zum Beispiel die Förderung der Jugendarbeit der freiwilligen Feuerwehr.

Zu den Menschen, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen, gehören gerade die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land. Dass Nordrhein-Westfalen ein sicheres Land ist, liegt eben auch an der guten Arbeit der Polizei. Ihnen möchte ich daher meinen Respekt und Dank aussprechen.

Bei Dankbarkeit und Respekt darf es aber nicht bleiben. Deswegen investieren wir da in besonderem Maße.

Die Polizei in NRW ist gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und ausgestattet. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss das genauso sein. Das spiegelt sich auch im Haushaltsplan wider. Die Polizei NRW steht nämlich vor vielfältigen Herausforderungen.

Eine davon ist der Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder. Dass die Helfeldzahlen ansteigen, ist ein Beleg für die wirklich hervorragende Arbeit der Polizei. Dennoch ist jeder einzelne Fall einer zu viel. Um die sexualisierte Gewalt gegen Kinder in Zukunft noch besser zu bekämpfen, werden wir die IT-Ausstattung unter Beachtung des Datenschutzes verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz kontinuierlich weiterentwickeln.

Die Belastung derer, die daran mitarbeiten, Straftaten gegen Kinder und Jugendliche aufzuklären und sie aus ihrer Situation zu befreien, können wir als Politikerinnen und Politiker wirklich nur erahnen. Es ist daher wichtig, auf die Gesundheit der Beschäftigten zu achten. Supervision und Seelsorge sind ein Teil der Antworten darauf. Ihre Arbeit ist unbeschreiblich wichtig für jedes gerettete Kind. Deshalb gilt auch hier unser tief empfundener Dank für das, was sie tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Eine weitere Herausforderung ist die Bekämpfung Organisierter Kriminalität. Hier gilt es, die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden bei der Aufdeckung von Geldwäsche, Steuerbetrug, Rocker- und Mafiakriminalität weiter fortzusetzen.

Die gute Zusammenarbeit braucht es auch für die gemeinsame Erarbeitung einer nicht stigmatisierenden Definition der sogenannten Clankriminalität. Das ist nun mal keine terminologische Frage, sondern das ist notwendig, um das Phänomen statistisch sauber zu erfassen, um dann gezielt dagegen vorgehen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN – Marc Lürbke [FDP]: Das machen Sie ja gerade nicht!)

Auch die Zunahme von Cyberkriminalität ist eine Herausforderung, die wir angehen müssen. Dazu gehört das Betrugsdelikt beim Onlinehandel genauso wie der große Cyberangriff auf kritische Infrastrukturen. Wenn die Täterinnen und Täter professioneller werden, dann müssen wir dafür sorgen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten entsprechend qualifiziert und spezialisiert sind. Dafür – und nicht nur dafür – braucht es eine Stärkung der Kriminalpolizei.

Die heutigen bundesweiten Razzien haben noch einmal sehr klar gezeigt, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für unsere Demokratie ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Besonders gefährlich an dem heute aufgedeckten rechtsterroristischen Netzwerk ist, dass viele Personen aus Sicherheitsbehörden dabei waren. Diese an Waffen geschulten Menschen, die den Sicherheitsapparat kennen und den demokratischen Rechtsstaat bekämpfen wollen, hätten womöglich schwere Gewalttaten verüben können. Das ist eine neue Dimension. Ich bin froh, dass die Sicherheitsbehörden rechtzeitig und konsequent eingeschritten sind.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es sind insgesamt große Herausforderungen für unseren Sicherheitsapparat in einer Welt, die immer unübersichtlicher geworden ist. Deshalb ist es so wichtig, in die Strukturen zu investieren, aber eben nicht blind in die vorhandenen Strukturen, sondern sehr gezielt zu schauen, wo es strukturelle Stärkungen braucht.

Wir sorgen mit der Finanzierung von 3.000 Stellen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter dafür, die Herausforderung personell zu bewältigen. Gleichzeitig behalten wir die Qualität der Ausbildung im Blick und finanzieren acht zusätzliche Professuren an der HSPV.

Zur verantwortungsvollen und vorausschauenden Politik gehört immer auch die Frage, wie wir noch besser werden und wo wir diese Strukturen gezielt

verbessern können. Wir stehen für eine Innenpolitik, die ihre Entscheidungen nicht nach Bauchgefühl, sondern auf der Grundlage von wissenschaftlichen Fakten treffen will. Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir werden daher Forschungsaufträge für Dunkelfeldstudien, zur Ursachenforschung und zur Wirksamkeit von Maßnahmen vergeben. Auch dies trägt dazu bei, besser und effektiver auf Kriminalität reagieren und dieser vorbeugen zu können.

Die Polizei genießt zu Recht ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung – übrigens Werte, von denen wir als Politikerinnen und Politiker nur träumen können.

Fälle wie der Tod des 16-jährigen Geflüchteten in Dortmund zeigen aber auch, dass dieses Vertrauen nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen vorhanden ist. Wir müssen sehr genau hinschauen und gemeinsam daran arbeiten, dieses Vertrauen herzustellen. Unser Anspruch ist ein NRW, in dem alle Menschen sicher leben können.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Bürgerorientiert, professionell und rechtsstaatlich, damit ist die Polizei Vorbild für viele andere. Nicht weniger kann unser Anspruch sein.

Mit der geplanten Stärkung des Bezirksdienstes sorgen wir ganz konkret für mehr Kriminalprävention sowie dafür, dass Polizei vor Ort wahrnehmbar und ansprechbar für alle ist.

„Ansprechbar für alle“ ist unser Anspruch nicht nur bei der Polizei, sondern zum Beispiel auch bei Fragen des Datenschutzes. Eine unabhängige Anlaufstelle für unsere Bürger*innen im Bereich des Datenschutzes besteht mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Neben ihrer Aufsichts- und Beratungsfunktion haben sie im vergangenen Jahr über 11.900 schriftliche Eingaben von Bürger*innen erreicht. Um diese wichtige Arbeit zu unterstützen, schaffen wir 16 neue Stellen bei der LDI.

Sie sehen, wir haben in den nächsten Jahren viel vor. Mit diesem Haushaltsentwurf legen wir dafür den Grundstein. Es ist ein Entwurf für eine Innenpolitik, die sich am Leitprinzip der Vorsorge orientiert und Politik nicht nur für morgen, sondern auch für übermorgen macht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD hat nun Herr Wagner das Wort.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Duisburg: Mehr als 19 Schüsse bei Clan-Schießerei“; Leverkusen: Araberclan im Rolls-Royce zum Sozialamt; Gewalt,

Abzocke unseres Sozialstaates und dabei dreist, frech und kriminell – das sind die Nachrichten, wenn denn die Medien mal berichten. Das sind die Überschriften, die die Grünen nicht mehr lesen wollen.

Jetzt könnte man denken: Gut so, liebe Grüne, auch wir als AfD wollen diese Überschriften nicht mehr lesen müssen. Nur, es gibt einen bedeutenden Unterschied zwischen den Grünen und uns.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Da gibt es nicht nur einen! – Weitere Zurufe von den Grünen)

– Da gibt es mehrere, dazu komme ich noch.

Die Lösung der Grünen lautet – halten Sie sich fest –: Clans gibt es gar nicht. Das bilden wir uns alle nur ein, eine Schimäre. Jedenfalls darf man sie doch nicht so nennen, die armen kleinen Clankriminellen. Mindestens aber soll der Begriffsinhalt von Clankriminalität umdefiniert, also verfälscht werden.

Diese Kriminellen sollen doch bitte – Zitat – nicht stigmatisiert werden. Am besten die Presse schreibt oder sendet noch weniger darüber und wenn, dann bitte mit ganz viel Einfühlungsvermögen – natürlich nicht für die Opfer, sondern für die Kriminellen. Dann ist das Problem aus Sicht der Grünen endlich gelöst.

Diese Wirklichkeitsverweigerung hat System. Damit komme ich zu einigen weiteren Punkten, die uns von den Grünen unterscheiden.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Jeder weiß, wir benötigen Kernkraftwerke, um unsere Energie, unseren Strom kostengünstig zu sichern. Die Grünen wollen das aber nicht wissen. Sie unterdrücken lieber die Wirklichkeit, und ihre Koalitionspartner von CDU, SPD und FDP sind mit an Bord.

Jeder, der bis drei zählen kann, wusste, dass die Nullzinspolitik der EZB ob der politisch gewollten, aber allen Regeln der Ökonomie widersprechenden Eurodauerrettung in die Inflation führt. Aber auch hier wussten es die Grünen mal wieder besser, und CDU, SPD, FDP machten mit.

Das Gleiche gilt für die Migration. Wir haben zu viele von den Falschen zu schnell ins Land gelassen. Um das zu sehen, hilft es zwar nicht, die „tagesschau“ zu schauen, aber es reicht, mit offenen Augen durch unsere Städte zu gehen.

Aber die Grünen in den Parlamenten, die Grünen bei der „tagesschau“, beim „heute journal“, beim SPIEGEL und bei der Süddeutschen schließen ihre Augen lieber und wollen die bestrafen, die sehen – verrückt, aber mittlerweile wohl Staatsdoktrin bis hin zum Verfassungsschutzchef.

Ich kann diesen ganzen grotesken Irrsinn hier nur streifen: Männer haben mittlerweile Regelblutungen und werden schwanger. Der Stoff, den ein Neuntklässler in Biologie beherrscht – es gibt zwei Geschlechter, die entweder mit XX- oder XY-Chromo-

somen zur Welt kommen –: weggewischt. Die Wirklichkeit der Natur passt nicht zur linksgrünen politischen Ideologie und soll sich ihr darob unterordnen.

All diese bizarren Einfälle respektive dieses System von Realitätsverweigerung hat natürlich Folgen: Armbinden sind beim Fußball mittlerweile wichtiger, als zu gewinnen. Die Energie ist nicht mehr sicher. Die Preise steigen, und die Polizei bekommt mehr zu tun.

Man könnte diesen offenkundigen Unsinn, diese schamlose Wirklichkeitsunterdrückung als das abtun, was es ist: die Idee von ein paar randständigen Spinne- nern. Das Problem ist allerdings: Die Grünen sind gar nicht das Hauptproblem. Das wirkliche Problem sind die, die den Grünen zu Macht und Einfluss verhelfen, mit ihnen koalieren, paktieren und vor ihnen kuscheln, also CDU, SPD und FDP.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es ist nicht nur so, dass die Union erst zusammen mit den Grünen als Regierungspartner zu wenig tut, das war auch schon mit der FDP so. Was es da bisher gab, waren sogenannte Nadelstiche. Die sind schön und gut, und ich unterstütze jeden Stich gegen die türkisch-arabischen Gangster, auch einen kleinen Nadelstich.

(Lachen von der SPD)

Nur, das verkommt jetzt zur reinen Showveranstaltung von monatlichen Razzien mit Pressebegleitung, ohne das Problem der Reduktion des kriminellen Personenpotenzials anzugehen.

Laufend kommen neue Clankriminelle über die Grenzen. Schon jetzt haben wir syrische, nigerianische und irakische Clans im Land, und zwar zusätzlich zu dem, was die selbsternannte Gemeinschaft der Demokraten in den 40 Jahren davor zugelassen hat.

Die andere Form der Reduktion, nämlich Abschiebung – Fehlanzeige. Immer wieder frage ich Sie, Herr Reul: Wie viele Clankriminelle sind denn nun abgeschoben? Ihre Antwort lautet seit Jahren: Ich weiß es nicht.

Das war die Ausgangsbasis der CDU/FDP-Regierung, und nun kommen die Grünen und wollen selbst das noch schleifen. Herr Reul, machen Sie sich gerade! Lassen Sie das nicht zu! Meine Unterstützung haben oder, besser gesagt, hätten Sie.

Meine Damen und Herren, jetzt könnte man denken: Okay, die CDU macht zwar bei nahezu jedem grünen Unsinn mit, aber flankiert wenigstens das Allerschlimmste. – Doch weit gefehlt! Egal ob Clans, Taser oder Lützerath, es ist bereits im ersten Jahr dieser Koalition zu merken, dass die Grünen ihren Koalitionspartner CDU Schritt für Schritt in kleinen Schritten immer mehr vor sich hertreiben.

Recht, Ordnung und Gesetz sind die Grundlagen unseres freiheitlichen Rechtsstaats. Dieser freiheitliche Rechtsstaat gehört zu den größten Errungenschaften in der abendländischen Geschichte. Ihn zu bewahren und auszubauen, muss unser Ziel sein.

Aber leider haben die etablierten Parteien die Polizei über Jahrzehnte kleingespart und schieben sich dafür gegenseitig die Schuld zu. Sie haben sie personell im Stich gelassen. Sie haben ihr das Weihnachtsgeld gestrichen, sie haben ihr das Urlaubsgeld genommen, und obendrein dürfen unsere Beamten auch noch eine Überstunde nach der anderen schieben. Damit – und das hätte ich heute eigentlich erwartet – muss endlich Schluss sein. Es bedarf eines klaren und eindeutigen Willens, sich vollumfänglich für unsere Polizei und damit für die Sicherheit von uns allen einzusetzen.

Dabei müssen wir zuallererst über die personelle Situation sprechen. In konkreten Zahlen bedeutet das: Wir haben gerade einmal 41.000 Polizisten für die über 18 Millionen Nordrhein-Westfalen. Wir benötigen aber – und da sind wir uns als AfD mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig – 60.000. Das ist nicht nur einfach eine Zahl, sondern das bedeutet ganz konkret mehr Sicherheit für unser Land. NRW hat nämlich nach wie vor weniger Polizisten pro Kopf als beispielsweise Bayern.

Wir haben daher die zusätzliche Einstellung von Kommissaranwärtern beantragt. CDU, SPD, Grüne und FDP haben das abgelehnt und werden es wieder ablehnen.

Natürlich müssen die, die uns schützen, auch vernünftig bezahlt werden. Ich denke da nur an die vielen Beamten in der Wechselschicht. Was heißt das? Diese Polizisten kommen mal morgens in der Früh nach Hause, dann mittags, am nächsten Tag abends. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, was das für den Schlafrhythmus des Einzelnen bedeutet, aber auch für dessen Familie und damit für die Zufriedenheit im Job und im Leben sowie – das muss auch gesehen werden – für die Attraktivität des Berufsbilds.

Wir haben daher folgerichtig beantragt, die Wechselschichtprämie endlich zu erhöhen. Mit uns hat jeder Polizist und jede Polizistin im Schichtdienst 200 Euro monatlich mehr in der Tasche. Das, meine Damen und Herren, nenne ich echte Wertschätzung. Dass Sie das ablehnen, können sich die Polizisten für den Wahltag merken.

Gleiches gilt für die Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements im Brand- und Katastrophenschutz – Fehlanzeige für die Kollegen der Bereitschaftspolizei und die Tutoren, die unsere jungen Kommissaranwärter ausbilden. Auch dazu dreimal Nein von Ihnen, dreimal Nein zur Wertschätzung für diese Beamten und die Ehrenamtler.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Die selbsternannten Klimaaktivisten sprechen jetzt von einer neuen RAF. Sie drohen also ganz offen mit Terror. Unser Antrag, nun endlich auch das Feld des Linksextremismus polizeilich besser zu bearbeiten, wird allerdings abgelehnt, auch von CDU und FDP. Das ist mehr als unschön.

Das Schöne ist aber, dass der Bürger die Wahl hat. Wer will, dass die Polizei Überstunden schiebt, dass Nordrhein-Westfalen 19.000 Polizisten zu wenig hat und dass das so bleibt, der hat CDU, Grüne, SPD und FDP. Wer hingegen dafür ist, dass wir die innere Sicherheit endlich vollumfänglich gewährleisten und dass wir die Polizisten anständig bezahlen, der hat uns, die AfD.

Stellen wir uns also der Wirklichkeit! Hören wir auf, Probleme durch Verschweigen zu vergrößern!

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Wählen wir die Grünen und die, die mit ihnen koalieren, endlich ab! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Wagner. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Reul.

Herbert Reul, Minister des Innern: Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Wir hatten ja gerade Wahlen, Herr Wagner. Da haben die Wähler entschieden, dass die innere Sicherheit bei der einen oder anderen Partei in guten Händen ist. Denn wir haben gewonnen und Sie nicht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Laut schreien reicht nicht.

Der Haushalt 2023 steht natürlich unter den besonderen Schwierigkeiten der Krise. Wir haben 3 Milliarden Euro Belastungen dadurch erhalten, dass in Berlin bestimmte Entscheidungen getroffen wurden. Wir müssen die Energiekosten für unsere Polizei tragen, also Strom, Gas, Benzin. Streifenwagen müssen betankt, Gebäude beheizt, Serveranlagen mit Strom versorgt werden. Die Preissteigerungen plus die 3 Milliarden Euro, die wir zusätzlich berappen müssen, sind dann schon eine Belastung für den Haushalt. Das macht es nicht gerade leicht.

Das heißt, die Spielräume für Projekte sind auch im Bereich der inneren Sicherheit kleiner geworden. Aber das Interessante und Wichtige ist – darauf lege ich großen Wert –: Wir haben die Spielräume, die da waren, genutzt und den Bereich der inneren Sicherheit weiter ausgebaut, nicht gespart. Das ist an anderer Stelle in Berlin zu beobachten.

Gerade in Zeiten, in denen die Bedrohungen größer und unterschiedlicher werden, bleibt die innere

Sicherheit ein Schwerpunkt. Im sechsten Jahr in Folge wird mehr Geld für die innere Sicherheit ausgegeben. Die Gesamtausgaben liegen bei gut 7 Milliarden Euro, dem höchsten Budget für diesen Geschäftsbereich in der gesamten Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, ein Plus zum Jahr davor von 280 Millionen Euro. Es sind Schwerpunkte gesetzt worden. Es ist schwerer, es geht nicht mehr so flott. Es geht mit kleineren Schritten, aber es geht nach vorne und nicht nach hinten.

Thema „Katastrophenschutz“: Wir haben uns in dieser Legislaturperiode – viele Kollegen haben schon darauf hingewiesen – die Generalüberholung des Katastrophenschutzes vorgenommen, eine Lehre aus der Flutkatastrophe. Das ist und bleibt eine Mammutaufgabe. Mit diesem Haushalt werden erste Pflöcke eingeschlagen, es ist aber noch lange nicht alles getan. Das ist eine große Aufgabe.

Ganz wichtig ist der Aufbau der neuen Zentralen Landesstelle für den Katastrophenschutz. Da sollen in Zukunft unter anderem Landeskatastrophenschutzbedarfspläne erstellt und die Arbeit vor, während und nach einer Katastrophe begleitet werden. Für diese Einrichtung sind, wie eben schon einmal betont worden ist, 15 Planstellen neu im Ministerium vorgesehen. Das ist in einer Zeit, in der man vorsichtig, behutsam mit Geld umgehen muss, ein Riesenschritt, für den ich sehr, sehr dankbar bin.

Im Nachtragshaushalt gab es schon mal zehn Stellen, die auch dazukommen. Es gibt weitere zehn Planstellen in der Bezirksregierung für diesen Bereich. Hier ist eindeutig ein Schwerpunkt gesetzt worden.

Es geht übrigens nicht nur um Personal, sondern auch um Geld. Es war richtig, dass wir 2022 erstmals eine Titelgruppe „Katastrophenschutz“ eingerichtet haben. Diese Mittel haben wir jetzt um 6,3 Millionen Euro auf 9 Millionen Euro erhöht. Das ist nicht genug, das weiß jeder. Aber es ist ein Schritt nach vorne.

Immer darüber zu schwätzen, was man machen soll, ist das eine. Beweisen, dass man auch Veränderungen bewirken kann, ist das andere. Das Letztere ist mir viel lieber.

Wir werden insbesondere die Landeszuschüsse für die privaten Hilfsorganisationen für Wasserrettungszüge und Einsatzeinheiten zusammen mit fast 5 Millionen Euro finanzieren. Das ist ein weiterer Schritt, es wird nicht der letzte sein.

In den Feuerschutz werden wir weiter investieren, zum Beispiel im Bereich des Instituts der Feuerwehr: Neubau, Sanierung des Unterkunftsgebäudes in Münster, Neubau der Fahrzeughalle West am Standort Telgte. Die Städte und Kreise werden wieder durch den Landeszuschuss zur Förderung des Feuerschutzes in Höhe von fast 41 Millionen Euro unterstützt.

Im polizeilichen Bereich gibt es auch weitere Fortschritte, denn die Polizei steht für Sicherheit und Ordnung. Dafür brauchen wir mehr Personal. Die Demografiedelle, in die wir uns haben manövrieren lassen oder in die uns andere manövriert haben, wird langsam, aber sicher geschlossen. Wir haben die Offensive in der Einstellung weiter vorantreiben können. Der Weg geht weiter. Wir werden mit diesem Haushalt bis zu 3.000 junge Menschen einstellen können.

Übrigens, dass wir die 3.000 im Jahr 2022 nicht erreicht haben, ist ja logisch. Denn das ist erst im Nachtrag relativ spät im Jahr möglich gemacht worden. Man kann nicht in kürzester Frist hochqualifiziertes Personal in der Menge organisieren.

Herr Lürbke, ein kleiner Widerspruch: An dem Thema „Berufstätige in die Polizei holen“ sind wir schon lange dran. Im letzten Jahr hatten von 2.600 eingestellten Leuten 450 bereits eine Berufsausbildung. In diesem Jahr – das kann man noch nicht abschließend sagen – sind es bis jetzt 564. An dem Thema wird also gearbeitet. Ich teile Ihre Auffassung nicht, dass wir da noch nichts gemacht hätten, sondern wir sind längst dran.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Aber da kann man immer noch mehr machen.

Die Entlastung der Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungstätigkeiten werden wir mit 100 weiteren Stellen für Regierungsbeschäftigte fortsetzen. Dazu kommen mehr als 900 weitere Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich der gesamten Landesverwaltung, mehr als 400 Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter, aber auch zum Beispiel Verwaltungsinformatikerinnen und -informatiker. Auch da ist eben etwas Falsches behauptet worden. Es werden nicht weniger ausgebildet als im letzten Jahr, sondern exakt die gleiche Zahl. Wir setzen hier also ein Wahlversprechen um.

Des Weiteren werden wir 2023 erneut in die Polizeiausstattung investieren, wenngleich da in den letzten Jahren natürlich sehr, sehr viel gemacht wurde, so dass wir deshalb etwas behutsamer vorgehen können. Die Sachausgaben werden auf über 1 Milliarde Euro steigen. Das ist ein Plus von knapp 112 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2022.

Die begonnenen Investitionen in modernste digitale Kommunikationstechnik setzen wir fort. Gut 48 Millionen Euro investieren wir zusätzlich in die Digitalisierung der Polizeiarbeit, um die Polizei im Land auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Noch etwas: Trotz der schwierigen Haushaltslage ist es gelungen, im Bereich der Sanierung von Liegenschaften weiterzumachen. In diesem Bereich ist nun ewig gar nichts gemacht worden. Wir haben in den letzten Jahren insgesamt 2 Milliarden Euro investiert, und wir werden jetzt weiter investieren mit der

Möglichkeit zur Auftragsvergabe in Höhe von 300 Millionen Euro.

Es stimmt: Wir brauchen noch viel mehr. In einer Zeit, in der die Finanzen aber sehr knapp sind – über die Gründe will ich jetzt nicht weiter reden; das ist oft genug behandelt worden –, in diesem Bereich dennoch zielgenau nach vorne zu investieren, ist Politik. Das andere ist ein Geschwafel, das Wecken von Hoffnungen oder das Äußern von Versprechungen. Es kommt nicht darauf an, was man verspricht, sondern darauf, was man hält. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Sarah Philipp [SPD]: Und eine andere Meinung darf man auch nicht haben!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Minister Reul. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir sind somit am Schluss der Aussprache und kommen zu den Abstimmungen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1903 den Einzelplan 03 unverändert anzunehmen. Dem gehen aber noch einige Änderungsanträge vor. Somit rufe ich folgende Änderungsanträge auf:

Drucksache 18/1985, Antragsteller ist die AfD: Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dagegen sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Dafür war die AfD Fraktion. Stimmenthaltung? – Keine. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/1985** bei Nichtbeteiligung des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1986**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist der Antrag mit diesem Ergebnis bei Nichtanwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/1987**, Antragsteller ist die AfD. Wer ist dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1988**, Antragsteller ist die AfD. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen,

die CDU und die FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist dieser Antrag mit dem festgestellten Ergebnis bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1989**, Antragsteller ist die AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist dieser Antrag mit dem von mir festgestellten Ergebnis bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1990**, Antragsteller ist die AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag mit dem von mir festgestellten Ergebnis bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1991**, Antragsteller ist die AfD. Wer ist dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1992**, Antragsteller ist die AfD. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1993**, Antragsteller ist die AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1994**, Antragsteller ist die AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1995**, Antragsteller ist die

AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2032**, Antragsteller ist die FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP, der AfD und der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2033 – Neudruck –**, Antragsteller ist die FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Dann ist auch dieser Antrag **abgelehnt** bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan 03, und zwar über den Einzelplan 03 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung** bei Nichtteilnahme des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir kommen somit zu:

Einzelplan 15 Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 18/1915 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan jeweils aufgeführten Änderungsanträge hin.

Wir unterteilen auch diese Beratung in zwei Punkte und kommen zu:

a) Landwirtschaft

Ich eröffne an dieser Stelle die Aussprache hierzu und erteile Frau Kollegin Kahle-Hausmann von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]:
Bravo!)

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Das ist ein Empfang. – Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Frau Ministerin bzw. sehr geehrter Herr Staatssekretär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ – so heißt der Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün. Gerade im Bereich Land- und Forstwirtschaft heißt das, wir müssen in die Zukunft investieren, und viele Herausforderungen, wie wir heute immer wieder gehört haben, werden uns erwarten. Die Frage ist allerdings: Ist das der Haushalt, der es Landwirten und Waldbauern ermöglicht, diese Herausforderungen zu meistern, um die Zukunft zu gestalten? Ich habe die Befürchtung, das ist er nicht.

Sie setzen auf altbekannte Mittel. Es sind viele gute Ansätze – keine Frage –, aber die Lage verschlechtert und verschlimmert sich, und es finden sich keine neuen Ideen. Und wie wir heute schon oft gehört haben, ist das Verfahren auch hier leider sehr intransparent und chaotisch.

(Beifall von der SPD)

Ein paar kleine Beispiele: Im Ausschuss schon ein Treppenwitz ist meine Frage nach dem groß angekündigten bäuerlichen Sofortprogramm. Bisher gehen wir als Opposition nach mehrmaliger Nachfrage von 5 Millionen Euro aus, die – Zitat – „aufgetrieben“ wurden. Das ist nicht der Level an Klarheit und vor allen Dingen Planungssicherheit, den wir von einer Landesregierung in einer Haushaltsberatung erwarten.

(Beifall von der SPD)

Thema „Düngeverordnung“. Das ist zwar Umweltschutz, aber betrifft auch die Landwirtschaft. Im Koalitionsvertrag werden groß mehr Messstellen angekündigt, um rote Gebiete zu verkleinern. So suggerieren Sie allen Landwirten landauf, landab abgesehen davon, dass Sie am Ende vermutlich nur mehr rote Messstellen haben, auch hier Kürzungen. Zumindest gehen wir davon aus. Denn Sie konnten oder wollten uns im Ausschuss nicht sagen, ob da mehr oder weniger steht.

Bei der Nutztierhaltungsstrategie verzeichnen wir einen Mittelaufwuchs. Das ist an sich gut. Wir müssen mehr in eine tierwohlgerechte Haltung investieren, um vor allem unsere Landwirtschaft beim Umbau hin zu artgerechter Haltung zu unterstützen.

Sie sprechen von einem Sofortprogramm zur Förderung tierfreundlicher Außenklimaställe. Aber dummerweise stellt sich heraus, sowohl der Mittelaufwuchs als auch das Sofortprogramm sind der immerwährende „Stall der Zukunft“, der bereits seit Jahren nicht vorwärtskommt.